

Geleitwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages

Der lange Schatten des Jahres 1933, in dem die Weimarer Republik zerbrach, liegt auch auf dem verfassungsrechtlichen Denken und dem politischen Werk von Hugo Preuß. Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung ist mit seinem Namen untrennbar verbunden; in der nach 1945 einsetzenden Diskussion über die Gründe des Scheiterns der ersten deutschen Republik ist immer wieder die Frage nach den vermeintlichen „Geburtsfehlern“ dieser Verfassung, wie der Stellung und den Befugnissen des Reichspräsidenten gegenüber dem Reichstag und der parlamentarischen Reichsregierung thematisiert worden. Der Parlamentarische Rat hat bei seiner Arbeit ständig die Erfahrungen der Weimarer Republik im Auge gehabt und daraus bestimmte, uns allen bekannte Folgerungen gezogen. Die Erinnerung an Hugo Preuß wurde auch dadurch immer stärker überschattet. Ich begrüße es deshalb, dass Herausgeber und Referenten dieses Bandes die Initiative ergriffen haben, um an Hugo Preuß zu erinnern.

Die Schriften dieses anregenden verfassungspolitischen Denkers, Staatsrechtslehrers, Kommunalpolitikers und Reichsinnenministers weisen auch noch heute eine unübersehbare Aktualität auf: Ob es um die Probleme der bundesstaatlichen Ordnung, die Wahl des Bundespräsidenten oder die Haltung der Deutschen gegenüber dem parlamentarischen Regierungssystem geht, im Werk von Preuß finden sich dazu mit scharfer Analyse vorgetragene Betrachtungen und Lösungen.

Was Preuß in seinem während des Ersten Weltkrieges erschienenen Aufsatz über *Deutsche Demokratisierung* zum Wesen der Obrigkeitsstruktur darlegte, liest sich wie eine spannende Erklärung der Vorgänge in der DDR von 1989/1990. Das Wesen der Obrigkeitsstruktur, so erklärt Preuß, beruhe keineswegs darauf, dass eine herrschende Kaste den politischen Willen des Volkes mit Gewalt unterdrücke; vielmehr hätten natürliche Anlage und geschichtliche Schicksale einen zielbewussten aktiven politischen Gemeinwillen in Deutschland nicht zur Entwicklung kommen lassen. Die Obrigkeitsregierung sei unüberwindlich, weil sie unentbehrlich sei, solange es an einer anderen regierungsfähigen und regierungswilligen Potenz fehle. Preuß war freilich skeptisch, ob sich eine solche „regierungsfähige Potenz“ schnell bilden und durchsetzen könne, weil er an „Schwächezustände der politischen Energie“ glaubte, die in einer jahrhundertlangen Entwicklungsgeschichte wurzelten.

Wie wir erlebt haben, vollzog sich die „tiefgehende Umgestaltung des politischen Volksgeistes“, anders als Preuß es glaubte, sowohl 1919 wie auch 1989 eruptiv und schnell. Der Gemeinwillen des Volkes, wie Preuß es gesagt haben würde, schuf sich in der DDR eine zwar noch nicht regierungsfähige, aber doch richtunggebende Potenz in der Gestalt des „Runden Tisches“, der das bisherige Regime überwinden und ablösen konnte.

Preuß hatte sich bereits früh dem Liberalismus zugewandt, war sich aber bewusst, dass der absolute Individualismus mit dem Staat, wie er ihn verstand, unverträglich sei. In Anlehnung an seinen Lehrer Otto v. Guericke glaubte er an einen auf Mannigfaltigkeit

in der Einheit und auf freie Bewegung der Glieder ohne Zerreißung des Ganzen beruhenden Staatsorganismus, der aus Selbstverwaltungsbezirken stufenweise aufgebaut war.

Seine politischen Erfahrungen und Einsichten haben ihn allmählich der Sozialdemokratie angenähert: 1891 hatte er sich noch in einem im *Berliner Tageblatt* erschienenen Artikel elegant-polemisch mit der Sozialdemokratie auseinandergesetzt, der er ihr Auseinanderfallen von revolutionärem Anspruch und pragmatisch-parlamentarischem Handeln vorhielt. Während des Ersten Weltkrieges war er bereits zur Einsicht gekommen, die „Scheidung der Sozialdemokratie“ von den bürgerlichen Parteien erschwere „aufs Verhngnisvollste“ die politische Demokratisierung durch den Parlamentarismus, und in seiner *Denkschrift zur Reichsverfassung* von 1919 bescheinigte er der Sozialdemokratie, dass sie sich immer dazu bekannt habe, dass eine fruchtbare Sozialisierung nur auf dem Boden der politischen Demokratie zu erstreben sei.

Seine langjährigen Erfahrungen in der Berliner Kommunalpolitik mit ihren ungeheuren sozialen Problemen haben aus Preuß schließlich einen Sozialliberalen gemacht, der einsah, dass sich Sozialpolitik nicht auf Armenpflege beschränken dürfe. Als der Rat der Volksbeauftragten am 15. November 1918 Hugo Preuß das Amt des Staatssekretärs des Innern anbot, hatte sich dieser mehrfach durch Vorschläge zur Demokratisierung und Parlamentarisierung empfohlen. Friedrich Ebert sah in Preuß einen politisch denkenden Gelehrten, der gleichermaßen Reaktion und sozialen Klassenkampf ablehnte. In seinem 1924 erschienenen Werk *Um die Reichsverfassung von Weimar* hat er die staatspolitische Schwäche und Kurzsichtigkeit des Bürgertums hellsichtig als „Erbbel“ der deutschen politischen Entwicklung bezeichnet.

Immerhin hat Preuß gehofft, dass die demokratische Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen allmählich zu einer politischen Reife führen werde. ber die Bedeutung der Verfassung in diesem Prozess gab er sich aber keinen Illusionen hin. In seiner *Denkschrift* von 1919 hielt er fest:

„Keiner Verfassung ist es gegeben, die für ein gedeihliches Staatsleben unentbehrliche Solidarität von Volk und Regierung, von Gesamtheit und Gliedern durch Rechtsbestimmungen zu schaffen; das ist Sache der Volkserziehung in deren höchsten Sinne, der Entwicklung politischer Gesinnung. Aber eine Verfassung kann und soll Hindernisse vermeiden, die der Entwicklung solcher Solidarittsgesinnung entgegenstehen, und Einrichtungen schaffen, die diese Entwicklung erleichtern.“